

12.36

Abgeordneter Clemens Stammler (Grüne): Frau Präsidentin! Werte Frau Ministerin! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir den Grünen Bericht der letzten Jahre anschauen, wirft sich leider schon die Frage auf, ob die Bauernbefreiung durch Kudlich tatsächlich eine Bauernbefreiung war, oder ob nur der Herr ausgetauscht wurde, nämlich weg von den Grafen, hin zu Raiffeisen.

Die Entwicklung, die dieser Grüne Bericht aufzeigt – und ganz interessant, im oberösterreichischen Grünen Bericht ist eine Prognose drinnen, die bei fortschreitendem Klimawandel nicht im höchsten, sondern im mittleren Niveau liegt –, zeigt uns: Das trifft nicht nur die 3,5 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft, sondern das betrifft das ganze Land.

Die Prognosen würden sagen, dass in den Jahren ab 2035 die Eigenversorgung bei Weizen von 102 Prozent auf 51 Prozent und bei Kartoffeln von 85 Prozent auf 30 Prozent zurückgeht. Wer in diesem Land eine Eigenversorgung, die gerade in Krisenzeiten notwendig ist, erhalten will, muss die kleinbäuerliche Struktur erhalten. Wir sprechen uns auch für eine flächendeckende Förderung über Österreich aus, aber man muss schon schauen, wohin beziehungsweise in welche Sparten man diese gibt. Wir müssen die Bauern dort unterstützen, wo sie gut sind, und gut sind sie darin, qualitativ hochwertige Lebensmittel herzustellen und nicht Lebensmittel en masse für einen Weltmarkt herzustellen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich gebe Kollegen Strasser recht, wenn er sagt, die große Marktordnung wird in Brüssel, wird in der EU geschrieben. Derzeit merken wir da eines: Ja, es sind zwei Loks – auf beiden Seiten des Zugs eine – angespannt. Während wir einerseits Farm to Fork haben, haben wir andererseits Abkommen wie Mercosur und Freihandel und Welthandel. Das ist richtig. Die Frage ist nur: Was unterstützen wir als Österreich? Wo geben wir unser starkes Triebwerk hin? Was können wir wirklich tun, um diese Einkommensschere zwischen Bergbauern und Nichtbergbauern etwas zu schmälern? Was können wir wirklich tun, um kleine Betriebe zu schützen beziehungsweise zu fördern?

Bei den kleinen Betrieben bis circa 40 Hektar gibt es den Umstand, dass sie 75 Prozent ihres Einkommens an die Sozialversicherung abgeben, während die Großen ab 200 Hektar bei 24 Prozent liegen. Der Durchschnittsatz soll irgendwo zwischen 32 und 33 Prozent liegen, da bedarf es einer Anpassung. Es bedarf einer Anpassung bei der AZ, bei den Ausgleichszahlungen für benachteiligte Gebiete, und es müssen die ersten 20 Hektar besser gefördert werden, denn krisenfeste Landwirtschaft ist

kleinstrukturierte, familienbasierte Landwirtschaft. (*Beifall bei den Grünen. – Zwischenruf bei der ÖVP.*)

12.39

Präsidentin Doris Bures: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Norbert Sieber. – Bitte.